

Loïc Wacquant

Der neoliberale Leviathan Eine historische Anthropologie des gegenwärtigen Gesellschaftsregimes¹

Die moderne 'Anthropologie des Neoliberalismus' befindet sich in einem Zustand der theoretischen Polarisierung zwischen dem herrschenden ökonomischen Erklärungsmodell, das sich auf die Geltung verschiedenartig interpretierter Marktgesetze beruft, und einer Gegenposition, die von verschiedenen Spielarten des Foucaultschen Begriffs der *Gouvernementalität* ausgeht. Beide Erklärungsansätze lassen jedoch gerade das im Dunkeln, was das eigentlich „Neue“ am Neoliberalismus ist: die grundlegende Neuausrichtung des Staates als des zentralen Akteurs, der die Regeln setzt und die marktgerechten Leitbilder der modernen Subjektivität, der sozialen Beziehungen und der kollektiver Vorstellungen erst erzeugt und ausformt. Nach zwei Jahrzehnten der Feldforschung zu der Struktur, den Erfahrungen und dem polizeilichen Umgang mit städtischen 'Randgruppen' in entwickelten Gesellschaften schlage ich einen *Mittelweg* zwischen den beiden genannten Ansätzen vor. Ich deute den Neoliberalismus als komplexe, wenngleich asymmetrische Regulationsweise, die den Staat dafür einspannt, seinen Bürgern so weitgehend wie möglich marktförmiges Verhalten aufzunütigen. Mit Bourdieus Konzept des bürokratischen Felds lässt sich die Wiederbelebung des Staates als Stratifikations- und Klassifikationsmaschine, die eine neoliberale Revolution 'von oben' antreibt, analytisch genauer erfassen. Das geschieht in drei Thesen: (1) Der Neoliberalismus ist nicht nur ein ökonomisches Regime, sondern ein politisches Projekt der 'Regierungskunst', in dem die überwachende *workfare* (an Arbeitspflicht gebundene Sozialhilfe), die bestrafende *prisonfare* und das Leitbild der individuellen Verantwortung in den Dienst einer allseitigen Kommodifizierung treten. (2) Der Neoliberalismus bewirkt im politischen Raum, dass die bürokratischen Institutionen, die über die öffentlichen Güter bestimmen, gleichsam nach 'rechts' abkippen. Er schafft einen hybriden Staat,

1 Auf Englisch erschien dieser Artikel unter dem Titel „Three steps to historical anthropology of actually existing neoliberalism“ in *Social Anthropology* (20:1), Februar 2012, S. 66-79.

der in den oberen Rängen der Klassenstruktur ökonomische Freizügigkeit walten lässt, während er unten einen überwachenden und bestrafenden Paternalismus durchsetzt. (3) Der gestärkte und ideologisch verherrlichte 'strafende Flügel des Staates' bildet einen integralen Bestandteil des *neoliberalen Leviathan*; deshalb sind die Institutionen der Polizei, der Gerichtsbarkeit und des Gefängniswesens als konstitutive Elemente in die politische Anthropologie der neoliberalen Herrschaft einzufügen.

Vor etwa zwanzig Jahren begann ich mit einer Reihe empirischer Studien über die Struktur, die Erfahrungen und den politischen Umgang mit städtischer Armut in entwickelten Gesellschaften; in ihrem Zentrum stand zum einen das soziale Schicksal der schwarzen Bevölkerung in den amerikanischen Ghettos nach dem Verebben der Bürgerrechtsbewegung, zum anderen die soziale Entwicklung in den Arbeiterklassenbezirken westlicher Metropolen, beispielhaft dargelegt am Niedergang der 'roten Vorstädte' in Frankreich, der sich unter dem Druck der Deindustrialisierung vollzog. Es folgten teilnehmende ethnographische Beobachtungen über die schweren sozialen Verwüstungen im *South Side*-Distrikt von Chicago und in den berüchtigten Wohnungsbauprojekten des Pariser Vororts La Courneuve, ein Sinnbild des sozial gespaltenen Großraums Paris. Ferner entwickelte ich die Methoden zur vergleichenden Analyse einer '*fortgeschrittenen Marginalisierung*', die durch die Fragmentierung der Lohnarbeit, den Abbau des Sozialstaats und die Zunahme der räumlichen Stigmatisierung in sozialen Ghettos befördert wird. Ich ahnte damals nicht, dass mich diese Forschungsarbeiten über das Dilemma der neuen *Urban Outcasts* von den Hyperghettos weg bis tief in die Eingeweide des gigantischen US-amerikanischen Gefängnisystems führen würden – und von da aus zur leidigen Frage nach den Wirkungen des Neoliberalismus und seiner 'Regierungskunst' im globalen Maßstab. Im Folgenden werde ich diese geistige Reise, die ihren Ausgang von der mikro-ethnographischen Untersuchung des postindustriellen Prekariats nahm und am Beginn des neuen Jahrhunderts zur makrosoziologischen Analyse des neoliberalen Leviathans führte, nochmals nachvollziehen, um daraus einige Thesen zur Begründung einer historischen Anthropologie des gegenwärtig realen Neoliberalismus zu entwickeln.

Bei dem Versuch, die Einflusskräfte und Formen des sozialen Verfalls der US-amerikanischen Metropolen am Ende des 20. Jahrhunderts zu klären, musste ich zunächst zwei wesentliche begriffliche Hindernisse vermeiden: erstens den eingefleischten Mythos der „*underclass*“, dieser wissenschaftlich erfundenen 'Schmuddelgruppe' von schwarzen, angeblich die Innenstädte verwüstenden Armen; zweitens das beharrliche, aus der sozialökologischen Denkschule der Stadtforschung überlieferte Zerrbild der sozialen „Desorganisation“ (zur grund-

legenden Kritik dieser beiden Begriffe vgl. Wacquant 1996, 1997). Um diese Holzwege der Erkenntnis zu vermeiden, studierte ich in Woodlaw, einem Restquartier von Chicagos legendärer 'Black Metropolis' *Bronzeville* (vgl. Drake/Cayton 1945/19993), die Lebensbewältigungs-Strategien junger afro-amerikanischer Männer. Hier wurde ich zunächst Mitglied eines lokalen Boxstudios, erlernte die Kunst des Preisboxens und nutzte den Klub als Sprungbrett zur weiteren Erkundung des Quartiers (Wacquant 2000/2004). Diese neuen Erfahrungen zwangen mich, mein bisheriges Verständnis des Ghettos kritisch zu überprüfen, ja vollends umzukrempeln.²

Als ich nämlich die Lebensgeschichten meiner Sparringspartner aufzeichnete, entdeckte ich rasch, dass fast alle von ihnen kürzere oder längere Zeit im Gefängnis verbracht hatten. Um ihre Lebensverläufe zu verstehen, musste ich also zunächst den Charakter des „großen Sprung zurück“ im Strafsystem der USA begreifen, der das Land binnen 30 Jahren von einem Leuchtturm fortschrittlicher Strafpolitik (in den 1960er Jahren) in den Pionier einer aggressiven Politik der Kriminalitätskontrolle verwandelt und damit zum globalen Spitzenreiter bei den Gefangenenraten gemacht hatte (Wacquant 2009b). In der empirischen Vermessung des nach 1973 einsetzenden Gefängnisbooms trat deutlich zutage, dass die beschleunigte Rücknahme der Sozialprogramme, die in der berüchtigten „Welfare Reform“ von 1996 ihren Höhepunkt fand, und die explosionsartige Ausbreitung der Strafverfolgung nur zwei Seiten einer Medaille sind. Sie markieren den Wendepunkt zu einer verstärkt strafbewehrten Regulierung der 'ethnisierten' Armut. Die auf Disziplinierung und Bestrafung setzenden Konzepte von „Workfare“ und „Prisonfare“ überwachten nun genau jene enteigneten und herabgewürdigten Personengruppen, die sich als Opfer des auslaufenden fordistisch-keynesianischen Sozialpakts in den verelendeten Bezirken der sozial polarisierten Städte gesammelt hatten. Die Unterwerfung der an den Rand gedrängten Mitglieder der postindustriellen Arbeiterklasse unter moralisch bevormundende Verhaltensregeln bietet eine vorzügliche öffentliche Bühne, auf der die herrschenden Eliten die Autorität des Staats neu begründen und zugleich das Legitimitätsdefizit lindern können, das ihnen droht, wenn sie das bislang gewährte Maß an sozialer und ökonomischer Sicherung aufgeben.

Dieser Zusammenhang zeigte sich schlagend in den 1990er Jahren, als in Westeuropa eine linke Regierung nach der anderen den Feldzug gegen die Straßenkriminalität gerade in jenen städtischen Zonen zur nationalen Aufgabe erklärte, wo sich als Folge von Massenarbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung die soziale

2 Zur rekonstruierenden Analyse der kategorialen Zusammenhänge und biographischen Verzahnung von „Körper, Ghetto und dem strafenden Staat“ vgl. Wacquant (2009c).

Unsicherheit und das Wohnungselend vertieften. Betrachtet man die internationale Ausbreitung der „Null-Toleranz“-Politik samt der einschlägigen Schlagworte und Patentrezepte „made in USA“ (wie die „Broken Windows“-Theorie, obligatorische Mindeststrafen, Erziehungslager für jugendliche Straftäter, Vereinbarung von Schuldbekennnissen zur Strafmilderung etc.), so tritt ein charakteristisches Muster hervor: die funktionale Verknüpfung der wirtschaftlichen Deregulierung mit einer überwachenden (unter dem Namen *workfare* bekannten) Arbeitspolitik und einer harten Politik der Strafverfolgung, wobei sich alle Maßnahmen wechselseitig verstärken (Wacquant 2011). Übergreifend betrachtet, wurde die Kriminalisierung der Armut zum Eckstein für die innenpolitische Umsetzung und grenzüberschreitende Ausdehnung des neoliberalen Projekts. In diesem Sinne flankiert das Bündnis zwischen der „eisernen Faust“ des strafenden Staats und der „unsichtbaren Hand“ die Demontage des sozialen Sicherheitsnetzes. Vor diesem Hintergrund mündeten meine empirischen Untersuchungen in Chicago und den Pariser Vorstädten über das alltägliche Elend des städtischen Prekariats letztlich in die theoretische Frage nach dem Charakter und den grundlegenden Elementen des Neoliberalismus im globalen Maßstab.

Marktgesetz versus Gouvernementalität

Was lehrt nun dieser knappe Rückblick auf die Wissenschaft und die reale Entwicklung für den Umgang mit der windigen, schwammigen und umstrittenen Kategorie des Neoliberalismus, den scharfsinnige Kritiker als begrifflichen „Trickbetrüger“ auf der verzweifelten Suche nach analytischer Schärfe und wissenschaftlicher Legitimation vorführen?³ Während Hilgers (2009) die Anthropologie des Neoliberalismus als Konfiguration aus kulturellen, systemischen und auf ‘gouvernementalistischen’ Ansätzen fasst (zu alternativen Versuchen der Einordnung vgl. auch Hoffman et al. 2006 und Richland 2009), sehe ich die ‘Begriffspolitik’ des Neoliberalismus von zwei Polen geprägt. Auf der einen Seite steht das vorherrschende ökonomische Paradigma, das sich an zwei Varianten des Marktgesetzes

3 „Seit den 1980er Jahren antwortet die heterodoxe Politische Ökonomie auf den beunruhigenden Aufstieg des neoliberalen Leitbildes ihrerseits mit einer verblüffenden Mischung aus falschen Verallgemeinerungen und ungenauen Zuschreibungen. Im Transformationsprozess der 1980er Jahre avancierte der Neoliberalismus zum Schlüsselbegriff in der wissenschaftlichen Debatte; der kritische Diskurs über ihn förderte jedoch zugleich tiefgreifende Widersprüche und Konfusionen zutage. Infolgedessen hat sich der ‘Neoliberalismus’ gleichsam zum begrifflichen Gauklerspiel entwickelt – er ist ‘irgendwie’ allgegenwärtig, obwohl widersprüchlich und nirgends schlüssig definiert, empirisch ungenau unterlegt und beharrlich umkämpft.“ (Brenner/Peck/Theodore 2010: 183-184).

(der neoklassischen und der neo-marxistischen) festmacht; dem gegenüber stehen Ansätze, die mehr oder minder lose an dem Foucaultschen Begriff der Gouvernementalität anknüpfen. Beide konzeptionellen Richtungen haben reiche und produktive Forschungsperspektiven eröffnet, aber sie leiden spiegelbildlich an denselben Mängeln. Der erste Ansatz ist überaus eng gefasst, vernachlässigt völlig den institutionellen Rahmen von Märkten und streift ans Apologetische, wenn er den neoliberalen Diskurs zum Nennwert nimmt und damit zur Realität erklärt. Der zweite Ansatz bleibt allzu vage und mehrdeutig, in ihm wuchern allenthalben Institutionen, die angeblich alle vom neoliberalen Virus angesteckt sind; dieser Theorietypus neigt deshalb zu einem kritischen Solipsismus.

Für den ersten Ansatz zeigt der Neoliberalismus seine direkte Herrschaft in zweierlei Gestalt: in der neoklassischen Ökonomie als der überlegenen Denkweise und im optimalen, unerbittlichen Marktmechanismus, der alle Tauschvorgänge regelt (vgl. Jessop 2002; Saad-Filho/Johnston 2005). Im Sinne des zweiten Ansatzes ist der Neoliberalismus *die* 'weiche', formbare politische 'Rationalität', die sich in viele Herrschaftsformen kleiden kann, in alle Lebenssphären eindringt und alle sozialen Grundlagen beseitigt, auf denen Gegenwehr gegen die neoliberale 'Rationalität' des Handelns entstehen könnte (vgl. z.B. Barry/Osborne 1996; Brown 2005). Ironischerweise treffen sich beide Ansätze darin, dass sie das „Neo“ am Neoliberalismus eher verschleiern: die qualitative Umstrukturierung des *Staats* zu der Hauptkraft, die jene Sozialcharaktere, sozialen Beziehungen und kollektiven Vorstellungen erst aktiv erschafft, die den Markt aus der Fiktion in eine wirkungsmächtige Realität verwandeln.

Die theoretische Vorherrschaft der ökonomischen, ja ökonomistischen Sichtweise des Neoliberalismus erscheint gegenwärtig ungefährdet (vgl. Campbell/Pedersen 2001, Edelman/Haugerud 2005, Gamble 2006, Cerny 2008). In den Augen seiner Befürworter wie der Gegner steht der Begriff für die globale Wiederkehr des „Empire of Capital“, um den Titel der historisch-materialistischer Studie von Ellen Meiksins Wood (2002) aufzugreifen, in der sie die Abfolge der grundherrschaftlichen, kommerziellen und kapitalistischen Formen imperialer Herrschaft rekonstruiert. Die neue Qualität der letzteren besteht darin, dass sie die Zwangsregeln des Marktes nicht nur in allen Bereichen der Erde, sondern im Wege der 'inneren Landnahme allem menschlichen Handelns auferlegt. In dieser herrschenden Sichtweise ist der Neoliberalismus gleichbedeutend mit dem Leitbild des „sich selbst regulierenden Markts“, als dessen Gegner der Staat erscheint, als sei die Machtverteilung zwischen den beiden Institutionen ein Nullsummenspiel. Im Lichte dieser Theorie schließt das Aufkommen des „Marktfundamentalismus“ logisch und historisch die Einschränkung, den Rückzug, ja die Selbstabdankung eines Staates, der entweder (apologetisch marktradikal) als Effizienzhindernis oder (kritisch marktradikal) als bloßes Instrument zur Förde-

rung und Absicherung der wiedergewonnenen Kapitalherrschaft gedeutet wird. Folgt man Colin Crouch (1997), so sind die gleichzeitig stattfindenden Prozesse wie der Niedergang der industriellen Arbeiterklasse, der Aufstieg des Finanzkapitals, die Ausbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und die Liberalisierung der Waren- und Kapitalströme über nationale Grenzen hinweg nur *die* gemeinsamen Bildungselemente einer „auf kurzfristige Verwertung setzenden, marktradikalen und schrankenlosen Kapitalismus“. Die sich herausbildende „Sprache des liberalen Konsenses“ zielt auf „den vollständigen Abschied von jeder keynesianischen Wirtschaftspolitik“; sie legitimiere zudem „die Aushöhlung des (Sozial-)Staats und die zunehmende Privatisierung seiner Aufgaben.“ Auf ähnliche Weise ist für David Harvey (2007: 8) der „Neoliberalismus ... zunächst einmal die Theorie politisch-ökonomischen Handelns, die davon ausgeht, dass man den Wohlstand der Menschen optimal fördert, indem man die individuellen unternehmerischen Freiheiten und Fähigkeiten freisetzt, und zwar innerhalb eines institutionellen Rahmens, dessen Kennzeichen gesicherte private Eigentumsrechte, freie Märkte und freier Handel sind. Die Rolle des Staates besteht darin, einen institutionellen Rahmen zu schaffen und zu erhalten, der solchem Wirtschaftshandeln angemessen und förderlich ist.“ Die politische Wende zum Neoliberalismus habe „Deregulierung, Privatisierung und [den] Rückzug des Staates aus vielen Bereichen sozialer Vorsorge“ (Harvey 2007: 9) zur Folge. In der Praxis weichen nach Harvey die Staaten von der Glaubenslehre des ‘schlanken Staats’ nur ab, wenn es gilt, ein freundliches Geschäftsklima für kapitalistische Unternehmen zu pflegen, Finanzinstitutionen abzusichern und den Widerstand aus dem Volk gegen die neoliberale Politik der ‘Akkumulation durch Enteignung des Staates’ zu unterdrücken.

Die Sozialanthropologie des Neoliberalismus wendet ihr Deutungsschema weltweit auf verschiedene Länder an oder hebt es auf eine übernationale Ebene, um darin die kulturellen Ausdrucksformen und die sozialen Reaktionen auf die Marktherrschaft einzufangen (z.B. Comaroff/Comaroff 2001; Greenhouse 2009). Ein beliebtes Objekt dieses Anwendungsverfahrens ist Lateinamerika, gefolgt von den Ländern des ehemaligen Sowjetblocks und Afrikas. Beispielhaft fasst James Ferguson (2006: 11) in seiner Bilanz zu „Afrika in der neoliberalen Weltordnung“ den Neoliberalismus als Prozess, in dem sich der Staat zurückzieht und der Markt ausdehnt: „Im Einklang mit der ökonomischen Philosophie des ‘Neoliberalismus’ wurde gepredigt, dass erst die Beseitigung der ‘Verzerrungen’, die der Markt durch den Staat erfahre, die Voraussetzungen für das Wirtschaftswachstum schaffe, während zugleich eine zügige Privatisierung eine Welle frischer Privatinvestitionen auslöse.“ Hier ist also der Begriff gleichbedeutend mit den realen ökonomischen Maßnahmen der „strukturellen Anpassung“. Sie könnten angeblich die unterdrückende und lähmende Rolle des Staates zurückdrängen

und den Weg in eine neue, vitale „Zivilgesellschaft“ bahnen, die angeblich „sowohl demokratischer als auch wirtschaftlich effizienter sein würde“ (Ferguson 2006: 38-39). Neoliberalismus wird hier zu einem Schlüsselbegriff, der auf die Prozesse des geplanten sozialen Wandels, der alltäglichen Gegenwehr und schließlich der Anpassung an die staatlichen Sparprogramme und Privatisierungsmaßnahmen verweist, die unter dem Namen „Washington Consensus“ bekannt sind.

Gegen diese zunächst eingängige Theorie des Neoliberalismus als eine schlüssige, wenn nicht gar in sich geschlossene Ganzheit schlagen die wissenschaftlichen Vertreter der Gouvernamentalitäts-Studien eine bewusst 'ungeordnete' Sichtweise des Neoliberalismus vor. Für sie ist er ein fließendes, wandelbares Gemisch aus Begriffen, Strategien und Techniken, die darauf zielen, Bevölkerungseinheiten und konkrete Menschen zu berechnen und zu formen.⁴ In dieser Perspektive ist der Neoliberalismus nicht eine rein ökonomische Ideologie oder ein geschlossenes Politikkonzept, sondern eine „übergreifende normative Gestaltungskraft“, eine „global verbreitete Form der Rationalität“, die „nicht nur das Regierungshandeln, sondern das Verhalten der Regierten selbst“ und sogar deren Selbstverständnis nach den Prinzipien des Wettbewerbs, der Effizienz und der Zweckmäßigkeit auszurichten und zu organisieren sucht (Dardot/Laval 2007: 13). Die Vertreter der Gouvernamentalitätsforschung bestehen darauf, dass die Machtmechanismen nicht nur beim Staat konzentriert sind, sondern alle Bereiche der Gesellschaft erfassen und nationale Grenzen überschreiten. Deshalb spüren sie der Verbreitung und Vernetzung der neoliberalen Techniken zur „Führung der Führungen“ („conduire les conduits“ bei Foucault 1994: 237) an vielen Orten nach, an denen sich die „Produktion des Selbst“ vollzieht: am Körper, in der Sexualität und der Familie, im Konsum, bei Erziehung und Bildung, in den Berufen, im städtischen Raum etc. (Larner 2000). Positiv heben die Verfechter an diesem Ansatz weitere Eigenheiten hervor: seine Kontingenz, Spezifität, Vielfalt und Komplexität sowie die wechselseitigen begrifflichen Kombinationsmöglichkeiten (wie z.B. das

4 Diese theoretische Sichtweise leitet sich aus Foucaults Schriften *und den* 1978/79 gehaltenen Vorlesungen am Collège de France über „Die Geburt der Biopolitik“ (Foucault 2006) ab. Diese Studien haben übergreifende Forschungen zur „Gouvernamentalität“ angeregt; verstanden als die Formung (als Unterwerfung) und Selbstformung (als Selbstunterwerfung) von Menschen und Menschengruppen. Die Begriffe „postsoziales Regieren“ und „fortgeschritten liberal“ werden häufig schon als Synonyme für „neoliberal“ benutzt (vgl. den Überblick von Dean 1999 und den Aufsatz von Rose et al. (2006) als paradoxe Verteidigung eines theoretischen Ansatzes, der sich als solcher eigentlich selbst in Abrede stellt). An dieser Stelle ist kein Platz, um die *Widersprüche* aufzugreifen, die in Foucaults eigener Fassung der Begriffe *Gouvernamentalität* und *Neoliberalismus* und deren Verknüpfung angelegt sind, und erst recht nicht, um die Weiterentwicklung dieser Begriffe nach Foucaults Tod und deren Beitrag zur Erklärung des historischen Wandels zu beurteilen.

neue, an Deleuze gemahnende Schlagwort des Zusammenfügens („assemblage“) auf wundersame Weise zeigt). Eigentlich gibt es für diese Denkschule gar keinen Neoliberalismus mit großem N, sondern nur eine unendliche Zahl einzelner neo-Liberalismen mit kleinem n, die aus der ständigen Kreuzung neoliberaler Praktiken und Ideen mit lokalen Gegebenheiten und Sozialformen hervorgehen. Diesen Ansatz treibt Aihwa Ong in ihrer einflussreichen Aufsatzsammlung über den ostasiatischen „Neoliberalismus als Ausnahme“ auf die Spitze, wenn sie vorschlägt, „den Neoliberalismus weder als ‘Kultur’ noch als ‘Struktur’ zu analysieren, vielmehr als bewegliche, berechnende Herrschaftstechniken, die sich aus dem Zusammenhang ihrer ursprünglichen Bestimmungen herauslösen und sich in Konstellationen neu ‘erfinden’, die dann im Prozess wechselseitiger Beeinflussung wieder neue, gegenüber den ursprünglichen Funktionen ‘zufällige’ Beziehungen begründen“ (Ong 2007: 13).

Der Anstoß zu einer Analyse, die über den Staat hinausreicht und die Grenzen zwischen verschiedenen institutionellen Bereichen überschreitet, ist wissenschaftlich ebenso fruchtbar wie die Erkenntnis, dass das, was wir Neoliberalismus nennen, ein von der Sphäre der Ökonomie ausgehender Prozess der Ausdehnung und nicht der Begrenzung ist. Problematisch erscheint es freilich, diesen Prozess nur am Walten „verformbarer“ Führungstechniken festzumachen, die auf ihrer Reise durch die gesellschaftlichen Sphären sich ständig „neu ausrichten“ und „verwandeln“. Denn erstens ist unklar, was einer Führungstechnik den neoliberalen Charakter verleiht – so können bürokratisch-rechenhafte Verfahren wie Audits, Leistungskennzahlen und *benchmarks* (die Lieblingsbeispiele in der neu-Foucaultschen Anthropologie des Neoliberalismus) sicherlich auch anderen als wirtschaftsliberalen Zielen dienen. Ebenso wenig unterstützen bestimmte Regeln der Transparenz, Verantwortlichkeit und Effizienz zwangsläufig die Verwandlung aller Güter und Leistungen in Waren; in China wurden sie beispielsweise eingeführt, um traditionelle Ziele zu verfolgen und sozialistische Leitbilder neu zu definieren (Kipnis 2009). Das Dilemma des Gouvernementalitäts-Ansatzes besteht darin, dass dessen gängige Charakterisierung des Neoliberalismus als „Herrschen durch Berechnen“ („governing through calculation“; Ong 2007: 4) wenig trennscharf ist; die Funktionsbeschreibung könnte auf jedes einigermaßen funktionierende Regime ebenso zutreffen wie auf die typischen Einflusskräfte der Rationalisierung und Individualisierung in der westlichen Moderne.⁵ Letztlich

5 Wenn wir den Neoliberalismus als das Feld „kalkulatorischer Techniken“ fassen, die von der Sphäre der Ökonomie auf andere Bereiche des sozialen Leben übergreifen haben, dann ist seine Geburt in das Jahr 1494 zurück zu datieren, als in Italien das Prinzip der Doppelten Buchführung erstmals vollständig beschrieben wurde. Und der bedeutendste Theoretiker des Neoliberalismus wäre dann nicht Ludwig von Mises, Friedrich von Hayek

wäre, insofern Führungstechniken stets immer „neu ausrichten“ und „verwandeln“, der Neoliberalismus zugleich überall und nirgends zu entdecken. Alles an ihm ist Prozess und nichts Inhalt; er verändert ständig seine Form und bleibt damit ohne Substanz, im Grunde profil- und richtungslos. Am Ende hegt die Gouvernamentalitäts-Schule eine wissenschaftliche Vorstellung vom Neoliberalismus, die genauso dürftig erscheint wie die von der ökonomischen Orthodoxie entwickelte, die zu überwinden sie beansprucht.

Neoliberalismus als marktgerechte 'Regierungskunst'

Im Folgenden schlage ich für die wissenschaftliche Analyse des Neoliberalismus einen Mittelweg zwischen den beiden kritisierten Polen vor. An seinem Ausgangspunkt steht die Erkenntnis: Von seiner intellektuellen Inkubationszeit (1938 in Paris im Colloquium von Walter Lippman, nach 1947 im internationalen 'Denkkollektiv' der Mont-Pélerin-Gesellschaft) über seine verschiedenen Gestalten in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bis zu seiner erneuten, paradoxen Bekräftigung in der Finanzkrise seit 2008 ist der Neoliberalismus „immer ein ergebnisoffenes, plurales und anpassungsfähiges Projekt gewesen“ (Peck 2008: 3). Und *dennoch* hat er einen institutionellen Kern, der ihm einen eindeutigen, unverwechselbaren Charakter verleiht:⁶ die 'Gelenkverbindung' zwischen Staat, Markt und Bürger, in der dem Staat die Funktion zukommt, den Stempel des Marktes dem Bürger aufzudrücken. Deshalb sind alle drei Kerninstitutionen in die Analyse einzubeziehen. Von den markt-zentrierten Theorien des Neoliberalismus unterscheide ich mich insofern, als ich die (politischen) Mittel gegenüber den (ökonomischen) Zielen stärker betone. Aber auch vom analytischen Rahmen des Gouvernamentalitäts-Ansatzes weiche ich in der Weise ab, dass ich der Rolle der 'Regierungskunst' (den staatlichen Herrschaftstechniken) einen höheren

oder Milton Friedman, sondern Max Weber (1922/2002), für den die Entwicklung der Vorherrschaft der 'formalen Rationalität' den Westen vor dem damaligen Rest der Welt ausgezeichnet hat. Weber ist auch insofern besonders wichtig, als er den damit verbundenen Begriff der 'Lebensführung' in seinen vergleichenden religionswissenschaftlichen Studien besonders hervorhob.

- 6 Dies ist eine logische Voraussetzung: Für verschiedenartige, im Wege der 'Mutation' entstehende lokale Spielarten des Neoliberalismus muss es einen gemeinsame Wesenskern geben, von dem sie sich ableiten. Darauf folgt, dass jede systematische Vorstellung über vielfältige „Neoliberalismen“ (gewissermaßen mit kleinem n) zumindest implizit irgendeinen übergreifenden „Neoliberalismus“ (mit großem N) notwendig voraussetzt. Und auch jede Umschreibung einer randständigen oder partiellen Seite des Phänomens lebt vom direkten oder vermittelten Bezug zu einem umfassenderen, originären Kern des Begriffs.

Stellenwert zuerkenne als Technologien und nichtstaatlichen Handlungslogiken. Schließlich konzentriere ich mich vor allem auf die Frage, wie der Staat es tatsächlich schafft, mit seiner marktgerechten Politik die Grenzen des Bürgerstatus und dessen wesentliche Inhalte neu zu bestimmen. Demzufolge schlage ich vor, die Anthropologie des Neoliberalismus anhand von drei Veränderungen neu zu begründen und ihn nicht mehr als 'landnehmende' ökonomische Glaubenslehre und auch nicht als bloße Ansammlung vielfältiger, sich wandelnder Herrschaftstechniken zu begreifen, sondern als eine konkrete politische Konstellation. Ich vollziehe damit die analytische Wende von einer 'schwachen' ökonomischen zu einer 'starken' soziologischen Konzeption, die den Staat in den Mittelpunkt rückt. Dieser Ansatz muss die institutionellen Mechanismen und Strukturen, die der Durchsetzung des Marktregimes dienen, ebenso genau bestimmen wie dessen Auswirkungen auf die Praxis der sozialen Einbindungen. Ich behaupte, dass Bourdieus wenig bekanntes Konzept des 'bürokratischen Feldes' (1994) ein bewegliches und zugleich erklärungskräftiges Werkzeug zum besseren Verständnis des Prozesses ist, in dem der Staat als sozial wirksame „Schichtungs- und Klassifikationsmaschine“ wieder erstarkt und die neoliberale Revolution gleichsam 'von oben' antreibt. Die hier vorgeschlagene Wende in der theoretischen Deutung des Neoliberalismus lässt sich in drei Thesen fassen.

These 1: Der Neoliberalismus ist kein ökonomisches, sondern ein politisches Projekt. Es hat nicht den Abbau (die Demontage), sondern die (gründliche) Umstrukturierung des Staates zur Folge.

Dieser Unterschied ist aus drei Gründen wichtig: *Erstens* sind Märkte politische Einrichtungen und sind dies immer gewesen. Die Regeln, denen die preisbasierten Tauschsysteme gehorchen, müssen nicht nur von kräftigen (stabilen) politischen Autoritäten ('Souveränen') eingesetzt und überwacht, ihre Einhaltung muss auch durch umfassende rechtliche und administrative Mechanismen unterstützt werden. In der Moderne übernehmen staatliche Institutionen diese Funktion (vgl. Polanyi 1971, Fligstein 1996, McMillan 2003). *Zweitens* flankieren und unterstützen, wie die Sozialgeschichte gezeigt und die Gesellschaftstheorie von Emilie Durkheim über Marcel Mauss und Karl Polanyi bis Marshall Sahlins genauer ausgearbeitet hat, soziale Beziehungen wie auch kulturelle Leitbilder und Praktiken das Funktionieren der ökonomischen Tauschprozesse. Weil zudem die Menschen sich über die 'Bestrafung durch den Markt' zu ärgern pflegen, muss der Staat auftreten, um möglichen Widerstand zu überwinden und marktwidrige Ausweichstrategien zu unterbinden. *Drittens* zeigt die Geschichte der (1921 durch von Hayek mitbegründeten) intellektuellen Strömung eines ganz deutlich: Der dort in der Krise der 1930er Jahre ausgebrütete Neoliberalismus zielte konzeptionell nicht darauf, den Liberalismus des 19. Jahrhunderts wiederzubeleben. Er verstand sich vielmehr als Versuch, die Schwächen und Mängel der alten Doktrin

zu überwinden (Denord 2007, Mirowski/Plehwe 2009). Der Neoliberalismus bezieht damit eine doppelte Frontstellung: zum einen gegen kollektive (zunächst sozialistische, später keynesianische) Antworten auf die wirtschaftlichen Probleme; andererseits aber auch gegen jene 'minimalistische', lediglich abwehrende Vision, die der klassische Liberalismus vom „Nachtwächterstaat“ entwirft. Der Staat ist vielmehr derart zu reformieren und neu zu justieren, dass er den Markt als einen permanenten *politischen* Schöpfungsprozess aktiv fördert und unterstützt.⁷

An anderer Stelle habe ich diese neoliberale Umstrukturierung als Ausdrucksform vier institutioneller 'Logiken' dargelegt (Wacquant 2010a): (1) Die *Kommodifizierung* als Ausdehnung des Marktes oder marktformiger Mechanismen, die nach dieser Logik die besten, universell gültigen Instrumente zur effizienten Allokation von Ressourcen sind; (2) eine disziplinarische, bestrafende Sozialpolitik, die den *Wohlfahrtsstaat*, der dem einzelnen grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf Fürsorge einräumt, in ein korrigierend eingreifendes *Workfare*-Regime verwandelt, das soziale Unterstützung nur noch unter der Bedingung gewährt, dass sich der Einzelne flexiblen Beschäftigungsformen unterwirft und bestimmte Auflagen erfüllt; (vom Verhaltenstraining für Jobsuche und Bewerbungen über den Arbeitszwang zu Löhnen unter der Armutsgrenze bis hin zur individuellen Kontrolle der Gesetzestreue, der Geburtenbeschränkung etc.); (3) eine ausgedehnte Politik des Strafens, die vor öffentlicher Skandalisierung nicht haltmacht; sie soll die Gefahr der Regelverletzungen eindämmen, die mit der wachsenden, durch flexibilisierte Beschäftigungsformen geförderten sozialen Unsicherheit vor allem in den städtischen Zonen zunimmt. Diese Politik beansprucht bis in die letzten Nischen die Kontrollmacht des Staates über das Alltagsleben; (4) das Leitbild der

7 Diesen Punkt betonen François Denord (2007) und Jamie Peck (2010: 3). *Letztere* hat einen frühen, wenig bekannten (1951 auf Schwedisch veröffentlichten) Text von Milton Friedman zutage gefördert, in dem der Chicagoer Ökonom erklärt: „Der grundlegende Irrtum bei der Gründung des Liberalismus im 19. Jahrhundert [bestand darin, dass er] dem Staat kaum eine andere Aufgabe zuerkannte als die, den Frieden und die Einhaltung von Verträgen zu sichern. Das war eine naive Ideologie. Sie lebte von der Annahme, dass der Staat nur Schaden anrichten würde [und dass] nur Laissez-faire herrschen dürfe.“ Entgegen dieser Sichtweise, so Friedman damals, weise die „neoliberale Lehre dem Staat wirklich positive Funktionen“ zu, darunter die Sicherung der Eigentumsrechte, die Verhinderung von Monopolen, die Garantie der Geldwertstabilität und (am bemerkenswertesten) „die Linderung starker Armut und Not.“ Peck (2010: 9) merkt zu Recht an, dass es dem Neoliberalismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen immer wieder um die Besitzergreifung und Wiederverwendung des Staates mit dem Ziel ging, eine unternehmensfreundliche, den Freihandel sichernde 'Marktordnung' zu gestalten. Die Autorin schreckt jedoch davor zurück, in ihre Analyse die institutionellen Mittel einzubeziehen, mit denen der Staat diese Ziele und Funktionen immer wieder durchsetzt.

„individuellen Verantwortung“ als handlungsleitender Diskurs und kulturelles Bindemittel, das die skizzierten Komponenten der Staatstätigkeit zusammenfügt.

Diese neoliberale Gesamtkonzeption reicht insofern weit über die bloße Durchsetzungsperspektive des Marktgesetzes hinaus, als sie dem Staat auf allen vier Ebenen eine aktive Rolle einräumt: ökonomisch, sozial, strafpolitisch und kulturell. Das lässt sich anhand der beiden ersten Ebenen zeigen: Der Staat re-reguliert aktiv – was das Gegenteil von Deregulierung ist – die Wirtschaftsprozesse im Interesse der Großunternehmen (Vogel 1996) und trifft weitreichende „korrigierende“ und „konstruktive“ Maßnahmen, um die Märkte für die je eigenen Unternehmen, Produkte und Arbeitskräfte zu stützen und auszudehnen (Levy 2006). Im sozialen Bereich entledigen sich die staatlichen Programme der lästigen Verpflichtungen gegenüber Wohlfahrtsempfängern und versuchen massiv, das moralische Verhalten der Betroffenen zu ‚reformieren‘ und ihre Lebensentwürfe durch eine Mischung aus kultureller Indoktrination, bürokratischer Kontrolle und materiellen Maßhalteappellen neu auszurichten (Hays 2003). Diese Politik verwandelt soziale Unterstützungsleistungen in ein Vehikel der Disziplin und das Menschenrecht auf die Entfaltung der Persönlichkeit in die Pflicht zu prekärer Arbeit (Moreira 2008).

Die hier skizzierte ‚starke‘ theoretische Version des Neoliberalismus in ihren vier institutionellen Dimensionen füllt auch den bei den Foucault-Anhängern verbreiteten ‚weichen‘ Begriff der „politischen Rationalität“ mit harten institutionellen Inhalten. Sie schlüsselt die Mittel genauer auf, mit denen der Staat den sozialen Raum der Kommodifizierung ausdehnt, befestigt und gegen individuelles wie kollektives Vermeidungs- oder Widerstandsverhalten verteidigt.

These 2: Der Neoliberalismus schließt im bürokratischen Feld eine Verschiebung der politischen Koordinaten nach rechts ein und bringt einen janusköpfigen Staat hervor.

Wenn, wie gezeigt, der Staat weder sich „zurückzieht“ noch „ausgehöhlt“, vielmehr neu in Stellung gebracht und umgebaut wird: Wie lässt sich dann diese Umgestaltung begreifen? Den Schlüssel zum Verständnis des Prozesses liefert Bourdieus (1994) Konzept des bürokratischen Feldes, gedeutet als ein Kranz von Organisationen, die über das Monopol der Definition und Verteilung öffentlicher Güter verfügen.⁸ Bourdieus Begriff ist das Ergebnis einer sorgfältigen historischen

8 Das bürokratische Feld ist eine der drei von Bourdieu entwickelten Kategorien zur genaueren Erfassung von Herrschaftsformen. Es ist weder mit dem politischen Feld (mit dem es sich überschneidet) noch mit dem Machtfeld (innerhalb dessen es angesiedelt ist) zu verwechseln. Zur genaueren Bestimmung dieser Beziehungen vgl. Wacquant (2005: 13-18), zur Neustrukturierung des bürokratischen Feldes mit dem Ziel, den Charakter des neoliberalen Staats genauer festzulegen, vgl. Wacquant (2010a). Nach der scharfsinnigen

Analyse aller säkularen Formen, in denen sich die Reproduktion der Herrschaft entwickelt hat: vom dynastischen, auf personaler Herrschaft beruhenden zum bürokratischen Modell, dessen Durchsetzungsmacht sich zusätzlich auf die wachsende Stärke des institutionalisierten kulturellen Kapitals stützen kann (Bourdieu 2012). Ein erheblicher Vorzug des Begriffs verdankt sich der Erkenntnis, was „der Staat“ gerade nicht ist: kein monolithisches Gebilde, kein (gleichviel ob autonom oder herrschenden Interessen dienend) widerspruchsfrei handelnder Akteur, und auch kein simpler Hebel, den partikulare Interessen oder Bewegungen aus der Zivilgesellschaft nur noch unter ihre Gewalt bringen und ‘bedienen’ müssten. Demgegenüber ist der Staat ein Raum von Kräften und Kämpfen über den Umfang, die Vorrechte und Prioritäten staatlicher Machtausübung – insbesondere darüber, welche „sozialen Fragen“ Aufmerksamkeit verdienen und wie sie behandelt werden sollen.

Bourdieu (1998) weist ferner darauf hin, dass der gegenwärtige Staat von zwei internen Machtkämpfen geprägt ist, in denen die Konflikte im sozialen Raum zutage treten. Im *vertikalen* Kampf (zwischen Herrschenden und Beherrschten) steht der „hohe Staatsadel“ (Bourdieu 2004) der vom neoliberalen Denken befallenen, die Vermarktlichung vorantreibenden Politikerkaste gegen die gewöhnlichen „Staatsdiener“, die den sozialen Fürsorgeauftrag der staatlichen Bürokratie verteidigen. Im *horizontalen* Kampf, in dem verschiedene Fraktionen des ökonomischen und des kulturellen Kapitals um die Oberhand ringen, steht der Wirtschaftsflügel, der niedrige Steuern und Marktdisziplin verlangt, als „rechte Hand“ des Staats der „linken Hand“ desselben Staats gegenüber: dem sozialen Flügel, der jene Gruppen zu schützen sucht, die sich auf kein ökonomisches und kulturelles Kapital stützen können. In meiner Studie *Bestrafen der Armen* arbeite ich dieses Konzept zu einem erweiterten analytischen Rahmen aus, der alle Facetten des strafenden Umsteuerns in der Sozial- und Kriminalpolitik erfasst. Diese Politik mündet in eine „doppelte Reglementierung“ der gesellschaftlich ausgegrenzten Gruppen und Klassen; die zu ‘sozialen Außenseitern’ Erklärten werden von einer überwachenden Arbeitspolitik (*workfare*) und einer Politik der Kriminalisierung und Bestrafung (*prisonfare*) überzogen. Die moderne kriminal- und justizpoliti-

Beschreibung von Mudge (2008: 705) hat der Neoliberalismus drei Gesichter: das intellektuelle (als ideologisches Leitbild), das bürokratische (als staatliche Politik der Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, der Entpolitisierung und des Monetarismus) und das politische (das sich in den Kämpfen um die staatliche Macht zeigt). Allen drei Dimensionen ist „ein unverwechselbarer ideologischer Kern gemeinsam: die Dominanz des Marktes über alle anderen Formen der Koordination und Organisation.“ Freilich überfordert Mudge die analytische Erklärungskraft des politischen Feldes, anstatt das bürokratische Feld als wesentlichen Ort der öffentlichen Auseinandersetzung über die Ziele und Mittel öffentlichen Handelns zu begreifen.

sche Staatsgewalt – bestehend aus Polizei, Gerichten, dem Gefängnis und ihren ausgedehnten Mitteln wie Bewährungsfristen und -auflagen, polizeilichen und gerichtlichen Datenbanken, zivile und bürokratische Verhaltensaufgaben und Leistungspflichten im Zuge der Strafsanktionen, etc. – ist als Schlüsselinstitution zu begreifen, die zusammen mit dem Finanz- und dem Wirtschaftsministerium die „rechte Hand“ des Staates bildet (vgl. Wacquant 2009d).

In der Anwendung von Bourdieus analytischem Schema lässt sich der Neoliberalismus als eine systematische Verschiebung der staatlichen Prioritäten und Handlungsschwerpunkte erfassen: von der „linken Hand“ zur „rechten Hand“, vom fürsorgenden (weiblich geprägten) zum disziplinierenden (männlich geprägten) Pol des bürokratischen Feldes. Der Wandel vollzieht sich auf zwei sich ergänzenden, aber je eigenständigen Wegen:

(1) durch die Übertragung von finanziellen Mitteln, Programmen und Personal vom sozialen zum bestrafenden Flügel des Staates (so wenn geistig behinderte Menschen durch die Schließung von Krankenhäusern der betreuenden Institutionen beraubt werden und nach einer Durchgangsphase der Obdachlosigkeit in Gefängnissen oder anderen bestrafenden Institutionen landen); (2) durch die Unterwerfung der Sozial- und Gesundheitspolitik, des Erziehungswesens, des sozialen Wohnungsbaus, der Kinderbetreuung etc. unter die umfassenden Kontroll- und Disziplinierungstechniken und Leitbilder der „rechten“ staatlichen Hand (so wenn staatliche Krankenhäuser die Maßstäbe der medizinischen Behandlung dem Diktat des Budgets unterwerfen, oder wenn Schulen die Reduktion des Anteils an Schulschwänzern oder der Gewalt im Klassenzimmer den pädagogischen Zielen überordnen und statt Psychologen Sicherheitskräfte einstellen).

Der zweifache ‘Rechtsdrall’ in den Strukturen und politischen Maßnahmen des Staates verdankt sich keineswegs geheimnisvollen systemischen Zwängen oder funktionalen Notwendigkeiten. Er ist vielmehr das zwar strukturell bedingte, aber historisch kontingente Ergebnis materieller und symbolischer Kämpfe, die sowohl innerhalb des bürokratischen Feldes als auch von außen in es hineingetragen werden. In ihnen geht es vor allem um die Verantwortlichkeiten und Umgangsweisen mit der öffentlichen Gewalt. Die Geschwindigkeit, die Größe und die Folgen dieser institutionellen Wende variieren von Land zu Land und hängen von vielen Faktoren ab: von der internationalen Position und den nationalen Machtstrukturen, von der Beschaffenheit des sozialen Raumes wie von der Struktur der kulturellen Gemeinsamkeiten und Spaltungslinien.

Der neoliberale Leviathan dieses ‘rechten’ Zuschnitts gleicht weder den Liberalismusvorstellungen des 19. Jahrhunderts noch dem dahinschwindenden Staat, wie ihn die ökonomischen und die gouvernementalistischen Kritiker des Neoliberalismus gemeinsam beweinen. Er ist vielmehr ein janusköpfiger, ‘hy-

brider' Staat, der an den beiden Polen der Klassenstruktur zwei verschiedene Gesichter zeigt. An der Spitze spielt er die fördernde und „befreiende“ Rolle; hier stellt er alle Ressourcen bereit und erweitert die Lebensmöglichkeiten jener, die ohnehin schon über genügend ökonomisches und kulturelles Kapital verfügen. Nach 'unten' handelt er dagegen bestrafend und restriktiv, wenn es darum geht, das Verhalten der Menschen zu steuern, deren Lage durch die vertieften Ungleichheiten, die bedrohte Sicherheit der Arbeitsplätze und die entlang der ethnischen Spaltungslinien entstehenden Ängste aus dem Gleichgewicht geraten ist. Der gegenwärtige Neoliberalismus stimmt bei den Herrschenden das Loblied des „*Laissez-faire* und alles ist erlaubt“ an, während er die subaltern gehaltenen Mitglieder der Gesellschaft in paternalistischer und aufdringlicher Weise kontrolliert, insbesondere die Menschen des städtische Prekariats, deren Lebensspielräume er durch ein dichtes Netz aus überwachender Arbeitspolitik (*workfare*) und justizförmiger Beaufsichtigung einschränkt.

These 3: Der Machtzuwachs und die öffentliche Verherrlichung seines bestrafenden Flügels sind nicht bloß Erscheinungen des politischen und ideologischen Überbaus, sondern wesentliche Bestandteile des neoliberalen Leviathans.

Viele sozialwissenschaftliche Analytiker des Neoliberalismus haben – befangen in der ideologischen Vorstellung, seine Herrschaft bedeute das Ende des „starken Staats“ – die erstaunliche Wiederbelebung und die *Ausdehnung* des staatlichen Disziplinierungs- und Strafinstitutionen übersehen, die mit der Befestigung der Marktherrschaft auf breiter Front einherging. So hat der *staatliche Strafapparat* – entgegen der wissenschaftlichen Prophezeiungen, die zwischen 1945 und 1975 sowohl die Strafrechtsexperten des *Mainstreams* wie auch radikale Theoretiker des 'Überwachens und Strafens' über sein unvermeidliche Dahinschwinden und seinen Legitimationsverlust verbreiteten (vgl. Tonry 2004) – in den Ländern der Ersten und der Zweiten Welt einen eindrucksvollen Wiederaufstieg in die erste Liga der staatlichen Institutionen erlebt. Bis auf recht wenige und nur bedingt beweiskräftige Ausnahmen (Kanada, Deutschland, Österreich und einige skandinavische Länder) ist die Inhaftierungsrate in allen postindustriellen westlichen Gesellschaften stark, in den postautoritären Nationen Lateinamerikas noch rascher angestiegen; geradezu explodiert ist sie in den Nachfolgestaaten des Sowjetblocks mit deren Übergang von der zentrale Kommando- zur Marktwirtschaft. In allen drei Regionen hat mit der Prekarisierung der Arbeit und der Beschneidung der Sozialsysteme die Zahl der Gefängnisse rasch zugenommen (Walmsley 2011) und zugleich hat sich die soziale Struktur der 'Klienten' verändert: Überdurchschnittlich häufige Opfer von Strafverfolgung und Gefängnisstrafen sind nun vor allem die städtischen Armen, ethnische und nationale Minderheiten, Obdachlose, unversorgt bleibende psychisch Kranke und weitere Menschengruppen, die der Arbeitsmarkt ausgeschieden hat (Wacquant 2009a: 69-75).

Das stetige Anwachsen der Gefängnisbevölkerung ist nur ein grober, oberflächlicher Ausdruck für das Maß, in dem der strafende Staat im Zeitalter des siegreichen Marktes ausgedehnt und ideologisch überhöht wird. Weitere Merkmale derselben Entwicklung sind: der offensive Einsatz der Polizei in den Wohnbezirken der sozialen Absteiger und um sie herum; die Ausdehnung des justizförmigen Überwachungsnetzes durch alternative Sanktionsformen, Kontrollen nach dem Gefängnisaufenthalt sowie durch die energisch vorangetriebene Entwicklung deliktbezogener Datenbanken; der zügige Ausbau von administrativen 'Betreuungszentren' zur Internierung von Migranten zum Zwecke ihrer Ausweisung; der übergroße Eifer, mit dem die Staaten an der 'Kriminalitätsfront' neue Strafgesetze und Verfahren einführen, indem sie die Strafen in vorher nicht gekanntem Ausmaß vervielfacht und verschärft haben; die Konjunktur der Angstproduktion in den Medien, die mit katastrophenartigen Bildern der kriminellen Bedrohung ihren Handel treiben; die allseitige Förderung des „Kampfs gegen die Kriminalität“ von der Straße bis hinauf auf die Ebene der Regierungsprogramme (während zugleich Unternehmensdelikte entkriminalisiert wurden) und die sprunghaft gestiegene Aufmerksamkeit für das Thema 'Unsicherheit' in Wahlkampagnen; die Hinwendung der Strafpolitik zu gefühlsgeladenen und symbolischen Beurteilungsmaßstäben, in offenkundiger Missachtung der kriminalwissenschaftlichen Erkenntnisstandes.

Die Verstärkung und Erweiterung des strafenden Sektors im bürokratischen Feld lassen sich nicht als direkte Antwort auf die Entwicklung der Kriminalitätsrate begreifen, die während der letzten zwanzig Jahre in den westlichen Ländern eher gesunken ist und insgesamt unabhängig vom Niveau und den Tendenzen der Bestrafungspolitik steigt oder fällt (Young/Brown 1993). Der 'strafende Staat' ist auch nicht die schlichte Ausgeburt einer aufkommenden „Exklusionsgesellschaft“, einer neuen „Kontrollkultur“ oder des Niedergangs von Staatsvertrauen und sozialer Fügsamkeit in der „Risikogesellschaft“.⁹ Noch weniger ist er das schlichte Geschöpf profitversessener Wirtschaftsführer, wie dies Verschwörungstheorien über die Errichtung des „gefängnisindustriellen Komplexes“ (Wacquant 2010b) behaupten. Die aufgeblähten Strafinstitutionen sind vielmehr nur ein Stein im größeren Gebäude des neoliberalen Leviathans. Diese Entwicklung ist nicht der direkte Ausdruck irgendwelcher „existenzieller Ängste“ in der „späten Moderne“, wohl aber steht sie in engem Zusammenhang mit konkreten marktfördernden Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die eine Welle verschärfter

9 Das schlagen, um die wichtigsten konkurrierenden Großtheorien über die Veränderungen Entwicklung in den Strafverfolgungssystemen zu nennen, für den ersten Begriff Jock Young (2000), für den zweiten David Garland (2001) und für den dritten John Pratt (2007) und Jonathan Simon (2007) vor.

sozialer Ungleichheit, der Marginalisierung und scharfer ethnischer Konflikte in den städtischen Zonen ausgelöst haben, während sie zugleich die Legitimation der Politik und ihrer Akteure aushöhlen.

Aus ihren Trenduntersuchungen in zwölf entwickelten Gesellschaften, die sich auf vier politisch-ökonomische Typen verteilen, schließen Cavadino und Dignan (2006: 450) für diese Länder auf „eine allgemein intensivierte Strafrechtspolitik, die sich nach einem einheitlichen Muster“ entwickle: „Mit dem Vordringen einer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verschärfen sich auch die Strafen.“ Dieselben empirischen Ergebnisse deutet Lacey (2009: 111) aus einem anderen Blickwinkel und zeigt, sogar gegen das eigene Erkenntnisinteresse an einer strafpolitischen Konvergenztheorie, dass in den untersuchten Ländern die Inhaftierungsrate in der Bevölkerung der genaueste Indikator für den „Koordinationsgrad“ in der Ökonomie und damit für den Grad der neoliberalen Veränderungen ist: je schwächer die nicht-marktliche Koordination der Wirtschaft, desto höher der Anteil der Häftlinge an der Bevölkerung. In seiner statistischen Analyse von 30 europäischen Ländern arbeitet Lappi-Seppälä (2011) die gemeinsamen Grundlagen einer ‘milden’ Strafrechtspolitik heraus; sie bestehen in einer eher „konsensuellen und korporatistischen politischen Kultur, einem hohen Grad an sozialem Vertrauen und politischer Legitimität und einem starken Sozialstaat“ – allesamt sozio-politische Merkmale, die im Gegensatz zum Neoliberalismus stehen. Überdies deckt sich im internationalen Vergleich das zeitliche und geographische Verteilungsmuster der ‘Strafbarkeit’ bei kriminellen und pornographischen Delikten recht genau mit dem Verbreitungsgrad der ökonomischen Deregulierungspolitik und der disziplinierenden Sozialpolitik.

Nicht zufällig vollzog in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die Regierung der USA die Wende zu einer exzessiven Politik des Bestrafens in einer Phase, in der die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse einsetzte, die wohlfahrtstaatlichen Leistungen beschnitten wurden, die sozialen Unruhen in den schwarzen Ghettos aufflammten und in den sozial polarisierten Städten sich die Armut verfestigte. Nicht zufällig stieg in den frühen 1980er Jahren Chile zu Lateinamerikas führendem ‘Kerkermeister’ auf, nicht minder zufällig verwandelte sich Großbritannien mit dem Schwenk von der klientelpolitisch-korporatistischen zur neoliberalen ‘Regierungskunst’ in die Strafverfolgungs-Lokomotive der Europäischen Union. Die Beispiele verdeutlichen den engen strukturellen und funktionalen Zusammenhang, der am Ende des keynesianisch-fordistischen Zeitalters zwischen der Marktherrschaft und der Politik des Strafens herrscht.¹⁰ Der strafende Staat

10 In dieser Hinsicht stimme ich nicht mit Bernhard Harcourt (2011) überein, der die historischen Wurzeln dieser Verbindung im 18. Jahrhundert verortet und dazu auf die Erfindung des doppelten Mythos – „freier Markt“ und „gewissenhaftes Überwachen“ – verweist.

blühte in jenen Ländern auf, die den neoliberalen Pfad einschlugen, weil er ihnen zur Überwindung der beiden wesentlichen Gefahren Hilfe versprach, die mit der Landnahme des Marktes für die Aufrechterhaltung der sozialen und politischen Ordnung drohen: *Erstens* verspricht er, die wachsenden, von der Ausbreitung sozialer Unsicherheit in den Unterschichten und urbanen Milieus erzwungenen örtlichen und sozialen Verwerfungen zu zügeln. *Zweitens* stellt er die Autorität der herrschenden Elite durch eine bekräftigte Garantie von 'law and order' genau zu dem Zeitpunkt wieder her, an dem diese nationale Autorität vom Anschwellen der grenzüberschreitenden Ströme an Geld, Kapital, Marken und Menschen ebenso untergraben zu werden droht wie von supranationalen Institutionen und dem Finanzkapital. Das Konzept des bürokratischen Feldes macht die doppelte Zielstellung der Bestrafung insofern besser begrifflich, als es den Blick auf die materielle wie die symbolische Rolle der staatlichen Politik lenkt. Dieser Staat übernimmt zum einen die Aufgabe der Klassendisziplinierung, zum anderen die öffentliche und mediale Demonstration seiner Hoheitsgewalt, die dem System der Strafjustiz die Legitimationsgrundlage liefert.¹¹

Auf der Ebene der Theorie fordert das Konzept des bürokratischen Feldes dazu auf, die rein repressive Funktionsbestimmung zugunsten einer produktiven Auffassung von Strafe aufzugeben, die deren Wirkungsqualität in den Mittelpunkt stellt (Wacquant 2008b). In dieser Sichtweise tritt klarer zutage, dass in allen vom ökonomischen Programm des Neoliberalismus veränderten Gesellschaften die verstärkten Budgets und Personalmittel für die Polizei und die Organe der Strafjustiz weder programmatische 'Fehlritte' noch vorübergehende Erscheinungen sind, sondern immanent notwendige Elemente des neoliberalen Staates selbst.

Will man die historische Anthropologie des Neoliberalismus, wie er sich gegenwärtig in den von ihm maßgeblich erfassten Ländern entwickelt, weiter entfalten, ist zunächst anzuerkennen, dass er ein zentrales Bildungselement der

Demgegenüber halte ich den expansiv strafenden Staat für eine eigenständige Schöpfung des Neoliberalismus und nicht für ein historisches Erbe des klassischen Liberalismus. Dieser neue strafende Staat entwickelt sich insofern am Ende der fordistisch-keynesianischen Ära, als erst diese die institutionellen Parameter der Staatsaktivität entscheidend verändert hat und damit auch die kollektiven Erwartungen an den Staat (vgl. dazu ausführlicher Wacquant 2009a: 227-228).

11 Um deshalb den strafenden Staat theoretisch angemessen zu erfassen, sind nicht nur die Institutionen der Strafjustiz wieder in den Kernbereich der politischen Anthropologie aufzunehmen. Wir müssen vielmehr auch dem Zustand einer wechselseitigen Anfeindung (*oder auch vorsätzlichen Missachtung*) ein Ende setzen, der zwischen den beiden Hauptströmungen in der Kriminologie herrscht: zwischen Marxisten und Durkheimianern, die isoliert voneinander oder gar in offener Gegnerschaft die Inhalte und symbolischen Mechanismen der Bestrafung theoretisch entfaltet haben.

Staatsstruktur ist. Während das „lange 16. Jahrhundert“ in Westeuropa – u.a. mit der Einführung der Armenfürsorge und der Strafanstalten – die Geburt des modernen Leviathan (Ertman 1997) als Teil des steinigen Übergangs vom Feudalismus zum merkantilistischen Kapitalismus erlebte, hat sich an der Wende zum gegenwärtigen Jahrhundert eine neue Form des Staats herausgebildet. Er spiegelt vor, beides, die Marktkräfte und die Freiheit zu bewahren, behält aber in Wirklichkeit die Segnungen dieser Art von Freiheit den Eliten vor, während er gegenüber den unteren Klassen eine Politik des ‘bestrafenden Paternalismus’ durchsetzt. Anstatt die Polizei, die Gerichte und Gefängnisse nur als technisches Zubehör der Kriminalitätsbekämpfung zu betrachten, ist zu begreifen, dass es gerade die skizzierten politischen Schlüsselinstitutionen sind, durch die der neoliberale Leviathan über sein Territorium herrscht, die Räume des Sozialen beschneidet, symbolische Trennlinien dramatisiert und seine politische Souveränität öffentlich in Szene setzt. Eine erneuerte politische Anthropologie der Herrschaft muss diese Schlüsselinstitutionen ins Zentrum stellen. Erst dann vermag sie zu begreifen, in welcher Weise der Staat gesellschaftliche Problemzonen und ganze Menschengruppen erfasst und steuert, um jenen Bürgermenschen auszuformen, der sich – ob willentlich oder nicht – nach den Regeln des Marktes verhält.

Übersetzung aus dem Englischen von Ulf Kadritzke

Literatur

- Barry, Andrew; Osborne, Thomas ; Rose, Nikolas (eds.) (1996): *Foucault and Political Reason: Liberalism, Neo-Liberalism, and Rationalities of Government*. Chicago: University Press.
- Bourdieu, Pierre; Wacquant, Loïc; Farage, Samar (1994): Rethinking the State: On the Genesis and Structure of the Bureaucratic Field, in: *Sociological Theory* 12: 1, 1-18.
- Bourdieu, Pierre (1997): Die Abdankung des Staates, in: Ders. et al. (Hg.): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz: 207-215.
- (2004): *Der Staatsadel*, Konstanz.
- Brenner, Neil; Peck, Jamie; Theodore, Nik (2010). Variegated Neoliberalization: Geographies, Modalities, Pathways, in: *Global Networks* 10: 2, 182-222.
- Brown, Wendy (2005): Neoliberalism and the End of Liberal Democracy, in: Dies., *Edgework: Critical Essays on Knowledge and Politics*. Princeton: University Press, 37-59.
- Campbell, John; Pedersen, Ove (eds.) (2001): *The Rise of Neoliberalism and Institutional Analysis*. Princeton: University Press.
- Carruthers, Bruce G.; Nelson Espeland, Wendy (1991): Accounting for Rationality: Double-Entry Bookkeeping and the Rhetoric of Economic Rationality, in: *American Journal of Sociology* 97: 1: 31-69.
- Cavadino, Michael; Dignan, James (2006): Penal policy and political economy, in: *Criminology and Criminal Justice*, 6: 4, 435-456
- Cerny, Philip G. (2008): Embedding Neoliberalism: The Evolution of a Hegemonic Paradigm, *The Journal of International Trade and Diplomacy* 2: 1, 1-46.

- Comaroff, Jean; Comaroff, John L. (eds.) (2001): *Millennial Capitalism and the Culture of Neoliberalism*. Durham: Duke University Press.
- Crouch, Colin (1997): The Terms of the Neoliberal Consensus, in: *The Political Quarterly* 68: 4, 352-360.
- Dardot, Pierre, Laval, Christian (2007): *La Nouvelle raison du monde. Essai sur la société néolibérale*. Paris: La Découverte.
- Dean, Mitchell (1999): *Governmentality: Power and Rule in Modern Society*. Sage: London.
- Denord, François (2007): *Néo-libéralisme version française. Histoire d'une idéologie politique*. Paris: Démopolis.
- Drake, St. Clair; Cayton, Horace ([1945, 1962, 1969] 1993): *Black Metropolis: A Study of Negro Life in a Northern City*. Chicago: University Press.
- Edelman, Marc; Haugerud, Angélique (eds.) (2005): *The Anthropology of Development and Globalization: From Classical Political Economy to Contemporary Neoliberalism*. Cambridge: Wiley-Blackwell.
- Ertman, Thomas (1997): *Birth of the Leviathan: Building States and Regimes in Medieval and Early Modern Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ferguson, James (2006): *Global Shadows: Africa in the Neoliberal World Order*. Durham: Duke University Press.
- Fligstein, Neil (1996): Markets as Politics: A Political-Cultural Approach to Market Institutions, in: *American Sociological Review* 61: 4, 656-673.
- Foucault, Michel (2006): *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II*, Frankfurt/M.
- Friedman, Milton (1951): Nyliberalismen Og Dens Muligheter ((Neoliberalism and its prospects), in: *Farmand*, February 17: 89-93.
- Greenhouse, Carol J. (ed.) (2009): *Ethnographies of Neoliberalism*. Philadelphia: University Press.
- Harcourt, Bernard E. (2011): *The Illusion of Free Markets: Punishment and the Myth of the Natural Order*. Cambridge: Harvard University Press.
- Harvey, David (2007): *Eine kurze Geschichte des Neoliberalismus*, Zürich.
- Hays, Sharon (2003): *Flat Broke With Children: Women in the Age of Welfare Reform*. New York: Oxford University Press.
- Hilgers, Mathieu (2011): The Three Anthropological Approaches to Neoliberalism, in: *International Social Science Journal* 61: 2, 351-364.
- Hoffman, Lisa; DeHart, Monica; Collier, Steven J. (2006): Notes on the Anthropology of Neoliberalism, in: *Anthropology News* 47: 6, 9-10.
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*. Cambridge.
- Kipnis, Andrew B. (2008): Audit Cultures: Neoliberal Governmentality, Socialist Legacy, or Technologies of Governing? In: *American Ethnologist* 35:2, 275-289.
- Lacey, Nicola (2008): *The Prisoners' Dilemma: Political Economy and Punishment in Contemporary Democracies*. Cambridge: University Press.
- Lappi-Seppälä, Tapio (2011): Explaining imprisonment in Europe, in: *European Journal of Criminology* 8: 4, 303-328.
- Larner, Wendy (2000): Neo-liberalism: Policy, Ideology, Governmentality, in: *Studies in Political Economy* 63, 5-26
- Levy, Jonah D. (ed.) (2006): *The State after Statism: New State Activities in the Age of Liberalization*. Cambridge: Harvard University Press.
- McMillan, John (2003): *Reinventing the Bazaar: A Natural History of Markets*. New York: W.W. Norton.
- Meiksins Wood, Ellen (2005): *Empire of Capital*. London: Verso.

- Moreira, Amílcar (2008): *The Activation Dilemma: Reconciling the Fairness and Effectiveness of Minimum Income Schemes in Europe*. London: The Policy Press.
- Mudge, Stephanie Lee (2008): State of the Art: What is neo-liberalism? In: *Socioeconomic Review* 6: 4, 703-731.
- Mirowski, Philip; Plehwe, Dieter (eds.) (2009): *The Road from Mont Pelerin: The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge: Harvard University Press
- Ong, Aihwa (2006): *Neoliberalism as Exception: Mutations in Citizenship and Sovereignty*. Durham: Duke University Press.
- (2007): Neoliberalism as a Mobile Technology, in: *Transactions of the Institute of British Geographers* 32: 1: 3-8.
- Peck, Jamie (2010): *Constructions of Neoliberal Reason*. New York: Oxford University Press.
- Pratt, John (2007): *Penal Populism*. London: Routledge
- Richland, Justin B. (2009): On Neoliberalism and Other Social Diseases: The 2008 Sociocultural Anthropology Year in Review, in: *American Anthropologist* 111: 2, 170-176.
- Robison, Richard (ed.) (2006): *The Neoliberal Revolution: Forging the Market State*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Rose, Nikolas; O'Malley, Pat; Valverde, Mariana (2006): Governmentality. *Sydney Law School Research Paper* No. 09/94, sowie in: *Annual Review of Law and Social Science*, Vol. 2, 83-104;
- Saad-Filho, Alfredo; Johnston, Deborah (eds.) (2005): *Neoliberalism: A Critical Reader*. London: Pluto.
- Simon, Jonathan (2007): *Governing through Crime: How the War on Crime Transformed American Democracy and Created a Culture of Fear*, Oxford.
- Tonry, Michael H. (2004): Has the Prison a Future, in: ders. (ed.), *The Future of Imprisonment*. New York: Oxford University Press, 3-25.
- Vogel, Steven K. (1996): *Freer Markets, More Rules: Regulatory Reform in Advanced Countries*. Ithaca: Cornell University Press.
- Wacquant, Loïc (1996): L' 'underclass' urbaine dans l' imaginaire social et scientifique américain, in: Paugam, Serge (ed.), *L'Exclusion: l' état des savoirs*. Paris: Editions La Découverte.
- (1997): Three Pernicious Premises in the Study of the American Ghetto, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 21: 2, 341-353.
- ([2000] 2004): *Body and Soul: Notebooks of an Apprentice Boxer*. New York: Oxford University Press.
- (ed.) (2005): *Pierre Bourdieu and Democratic Politics: The Mystery of Ministry*. Cambridge: Polity Press.
- (2008a): *Urban Outcasts: A Comparative Sociology of Advanced Marginality*. Cambridge: Polity Press.
- (2008b): Ordering Insecurity: Social Polarization and the Punitive Upsurge, in: *Radical Philosophy Review* 11: 1, 9-27.
- (2009a): *Punishing the Poor: The Neoliberal Government of Social Insecurity*. Durham: Duke University Press.
- (2009b): *Prisons of Poverty*. Revised and expanded edition. Minneapolis: University Press.
- (2009c): The Body, the Ghetto and the Penal State, in: *Qualitative Sociology* 32: 1, 101-129.
- (2009d): *Bestrafen der Armen: Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit*, Opladen.
- (2009e): Die neoliberale Staatskunst Workfare“, „Prisonfare“ und soziale Unsicherheit, in: *Das Argument* 281, 479-492.
- (2010a): Crafting the Neoliberal State: Workfare, Prisonfare and Social Insecurity, in: *Sociological Forum* 25: 2, 197-220.
- (2010b): Prisoner Reentry as Myth and Ceremony, in: *Dialectical Anthropology* 34: 4, 604-620.

- (2011a): Die neoliberale Staatskunst. Workfare, Prisonfare und soziale Unsicherheit, in: Dollinger, Bernd; Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): *Gerechte Ausgrenzung? Wohlfahrtsproduktion und die neue Lust am Strafen*. Berlin: 77-109.
- (2011b): The Global Firestorm of Law and Order: On Neoliberalism and Punishment, in: *Thesis Eleven* 105.
- Walmsley, Roy (2001): *World Prison Population List*, 9th edition. London: International Center for Prison Studies.
- Weber, Max (1922/2002): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Studienausgabe, hrg. von Johannes Winckelmann, 5. rev. Auflage, Tübingen.
- Williamson, John (1993): Democracy and the „Washington Consensus“, in: *World Development* 21: 8, 1329-1336.
- Young, Warren; Brown, Mark (1993): Cross-National Comparisons of Imprisonment, in: *Crime & Justice: A Review of Research* 17: 1-49.